

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

21.6.1928 (No. 143)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einfl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags, Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Ozeanflieger in Berlin

Berlin hat sich zum Empfang der „Bremen“-Flieger festlich geschmückt. Mehrere Stunden vor der Ankunft der Flieger hatte bereits eine wahre Völkerwanderung nach dem Tempelhofer Flughafen ein. Die „Europa“ landete um 14.16 Uhr. Sie rollte auf den Empfangsplatz zu. Zuerst leitet der Köhl aus dem Flugzeug, dann Günfeld und Fitzmaurice; Frau Köhl, Frau Fitzmaurice und das Töchterchen des irischen Paars folgten. Sie begaben sich direkt zum Empfangspodium, wo ihnen Reichspräsident Lohse als erster die Hand schüttelte. Als Erster spricht der Vizelandtagspräsident den Fliegern im Namen des deutschen Volkes für ihre selbstlose Tat den Dank aus. Darauf richtet Oberbürgermeister Wß einige knappe Worte an die Flieger. Der englische und amerikanische Botschafter sind die nächsten Redner. Die englische Nationalhymne erklingt, und nun spricht Köhl, jubelnd begrüßt, einfache und tiefempfundene Dankesworte für den Empfang. Dann sprach Major Fitzmaurice in englischer Sprache den Dank aus für den wunderbaren Empfang. Den Schluß machte Günfeld mit einer schwingvollen Ansprache. Die Flieger machten nun eine langsame Rundfahrt, die sich vom Flugplatz bis zur Reichskanzlei zwischen einem ununterbrochenen Spalier von Zuschauern bewegte, die Hochrufe ausbrachten und Lächer schwenkten. Die französische und die englische Volkspartei am Pariser Platz und die übrigen ausländischen Vertretungen hatten ihre Flaggen gehißt. Vom Hotel Bristol herab wehten die Reichs- und die Stadtfarben, die englische, die amerikanische und die grün-weiß-gelbe Fahne Irlands.

Während des ganzen Weges bis zur Reichskanzlei kreiste die Fliegerstaffel der Verkehrsfliegerschule Staaten über dem Regierungsviertel. Dort empfing sie der Reichskanzler Dr. Marx und Frau Gemahlin im Kanzlerpalais zum Tee. Auch hatten sich zahlreiche Mitglieder des Reichsministeriums mit ihren Gemahlinen, darunter der Vizelandtagspräsident, die Minister von Keudell, Gröner, Schädel u. a., mehrere Mitglieder des preussischen Kabinetts, der amerikanische Botschafter sowie die hohen Beamten sämtlicher Ministerien eingefunden. Nach dem Empfang beim Reichskanzler begaben sich die Flieger in den Kaiserhof, in dem sie während ihres Berliner Aufenthalts als Gäste der Reichsregierung wohnten. Um 8 Uhr begann in den Festhallen von Kroll ein großes Bankett.

Das Reichsverkehrsministerium der „Bremen“-Besatzung zu Ehren gibt und zu dem 450 geladene Gäste erschienen sind. Den Abschluß des Empfangstages der drei Ozeanflieger bildet ein prächtiges Feuerwerk auf dem Tempelhofer Feld und ein Fackelzug, an dem sich u. a. die Studentenschaft, sowie Abordnungen von Sport und Luftfahrt beteiligten.

W.D. Berlin, 21. Juni. Der Reichspräsident empfing heute vormittag 12 Uhr die Herren Köhl, Fitzmaurice und von Günfeld.

Das Schicksal der „Bremen“. Der Direktor der Kanadischen Transkontinentalen Luftverkehrsgesellschaft, Louis Guisnier, der das erste Flugzeug nach Greenly Island gesteuert hatte, um Hauptmann Köhl und seinen Gefährten Weistand zu leisten, erklärt, daß der gestrandete „Bremen“ auf der Insel bleiben wird, bis die deutschen Bergwerksfachverständigen eingetroffen sein werden. Dann werde das Flugzeug verpackt und nach Deutschland verschifft werden. Die „Bremen“ sei zwar ernstlich beschädigt, könne aber für weitere Flüge wieder instandgesetzt werden.

Das polnische Budget und die deutschen Senatoren

W.D. Warschau, 21. Juni (Tel.). In der gestrigen Generalausprache des Senats über den Etat für das Finanzjahr 1928/29 legte als Sprecher der Deutschen Senator Hasbach gegen den Beschluß einer Annahme des Etats ein bloc Verwahrung ein und erklärte: Der Deutsche Klub hatte die Absicht, in ausgiebigster Weise bei der Besprechung der Etats der einzelnen Ministerien auf die Methode der Unterdrückung und auf die Verfolgung der deutschen Minderheiten in Polen hinzuweisen, die im Widerspruch stehen zu den durch die Verfassung und den Minderheitenschutzvertrag gewährtesten Rechten aller Staatsbürger. Senator Hasbach erklärte zum Schluß, daß der deutsche Senatsklub gegen das Budget stimmen werde.

Poincaré und die parlamentarische Lage

W.D. Paris, 21. Juni (Tel.). Die „Volonté“ will den Inhalt der Erklärung, die Poincaré vorgestern im Ministerrat über die parlamentarische Lage abgegeben hat, wiedergeben können. Poincaré soll danach eine gesagt haben: Gegenwärtig würde ich mich nicht mit einer schwachen Mehrheit begnügen können. Am Freitag hat die Kammer ein Vertrauensvotum über die Finanzpolitik des Kabinetts abzugeben. Wenn sich nicht eine starke Mehrheit findet, um der Regierung vorbehaltlose Unterstützung zu gewähren, so werde ich gezwungen sein, dem Präsidenten der Republik meinen Rücktritt zu unterbreiten.

Inkrafttreten des deutsch-griechischen Handelsvertrags

W.D. Berlin, 21. Juni. Durch Notenwechsel vom 20. Juni ist mit der griechischen Regierung auf Grund des Schlußprotokolls zu Art. 28 des am 24. März 1928 unterzeichneten deutsch-französischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrags das vorläufige Inkrafttreten dieses Vertrages für den 1. Juli d. J. vereinbart worden.

Letzte Nachrichten

Ergebnisloser Abbruch der Regierungsverhandlungen

Jetzt: Weimarer Koalition.

M. Berlin, 21. Juni. (Priv.-Tel.). Die Verhandlungen über eine Regierungsbildung im Reich sind heute vormittag ergebnislos abgebrochen worden. Im Vordergrund stand die Preußenfrage, doch war sie nicht der alleinige Anlaß zum Scheitern der Besprechung. Hermann Müller erklärte, daß die Gegensätze zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie nicht auszugleichen waren. Infolgedessen sähe er diese Besprechungen als erledigt an.

Hermann Müller wird sich heute nachmittag zum Reichspräsidenten begeben, um diesem Bericht zu erstatten. Nach dem „Vorwärts“ von heute früh ist gar kein Zweifel, daß Hermann Müller den Auftrag nicht zurückgeben wird. Er wird versuchen, auf anderer Basis eine Regierung zu schaffen. In Frage kommt nur die Weimarer Koalition, doch sind die Aussichten für diese nicht sonderlich günstig. Sie hat eine Mehrheit nur dann, wenn auch der Bayerische Bauernbund in die Regierung eintritt. Ob dies gelingt, ist zweifelhaft. Es ist auch zweifelhaft, ob die Bayerische Volkspartei, die den demokratischen Forderungen ebenso ablehnend gegenübersteht, wie die Sozialdemokratie den völksparteilichen, bereit sein wird, ohne die Deutsche Volkspartei sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Die ganze Sache macht augenblicklich einen durchaus chaotischen Eindruck.

Ergänzend wird hierzu berichtet:

Die Deutsche Volkspartei stellte, wie das Nachrichtenbüro des V.D. erfährt, heute neue Forderungen auf, die der Sozialdemokratie unannehmbar erscheinen. Sie forderte u. a. die Steuerveranlagung nach einem dreijährigen Durchschnitt und die Verringerung der Kapitalertragssteuer. Auch in militärpolitischen Fragen, namentlich in der Frage des Panzerkreuzers, konnte man sich nicht näherkommen. Den Ausschlag gab aber vor allem das Festhalten der Deutschen Volkspartei an ihrer Forderung, daß die preussische Regierung pari passu mit der Reichsregierung in der Richtung auf die Große Koalition umgebildet werde. Auf dieser Forderung, der gleichzeitigen Umbildung, blieb die Deutsche Volkspartei, während von den übrigen Parteien erklärt wurde, diese Bedingung sei nicht zu erfüllen, da die Landtagsfraktion nicht vor dem 10. Juli zusammentrete.

Wir geben nachstehend einen heute früh bereits geschriebenen Leitartikel wieder, der darstellt, wie die Dinge in den letzten Tagen gelaufen sind:

Hermann Müller-Franken hat zu Beginn dieser Woche als die interfraktionellen Besprechungen zu keiner Einigung führten, das Problem der Koalitionsbildung von einer andern Seite angepaßt: er hat von sich aus ein Regierungsprogramm mit 17 einzelnen Punkten entworfen und dieses den betreffenden Fraktionen zugeleitet. Damit war zweifellos die ganze Angelegenheit etwas stärker in Fluß geraten.

Manchmal ist so ein Widerspruch nur sehr schwer zu verstehen. Warum sperrt sich z. B. die Deutsche Volkspartei so entschieden gegen die reichsgesetzliche Festlegung des 11. August, des Verfassungstages, als Nationalfeierstag? Wer die republikanische Verfassung bejaht und auf dem Boden der Republik ehrlich mitarbeiten will, der hat doch gewiß keinen Grund, sich mit einer solchen Leidenschaftlichkeit gegen diese Bestimmung zu wenden. Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten sind dafür. Der Widerspruch der Deutschen Volkspartei ist nur dazu angetan, Schwierigkeiten dort aufzurichten, wo solche gewiß nicht nötig wären.

Nun zur Frage der preussischen Koalition. Dieser Tage hat die Zentrumskanzlei des preussischen Landtags erklärt, daß eine Erweiterung der preussischen Regierungskoalition überhaupt nur in Betracht kommen könne, wenn eine nicht zur Koalition gehörende, preussische Fraktion den Wunsch, in die Koalition einzutreten, den bisherigen Koalitionsparteien zum Ausdruck bringe; eine Mitteilung dieser Art sei aber bis jetzt an die Zentrumskanzlei des preussischen Landtags nicht herangekommen. Das ist eine klare und eindeutige Sprache. Zunächst wird also die ganze Angelegenheit als eine preussische unterstrichen, und ferner wird der Deutschen Volkspartei in Preußen bedeutet, daß sie ja den Wunsch nach Erweiterung der Koalition überhaupt noch nirgends angemeldet habe.

Inzwischen hat eine Besprechung von Vertretern der preussischen Fraktion der Deutschen Volkspartei mit dem Ministerpräsidenten Dr. Braun stattgefunden. Dr. Braun ist bei seinem Standpunkt geblieben, daß im Augenblick über eine Änderung der Regierung in Preußen nicht gut verhandelt werden könne. Immerhin hat er den Herren von der Deutschen Volkspartei geraten, sich an die preussischen Regierungsparteien direkt zu wenden. Daraufhin hat, wie berichtet wird, ein Vertreter der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei offiziell bei der preussischen Zentrumskanzlei den Antrag gestellt, Verhandlungen über die Regierungsumbildung zu eröffnen. Da die Zentrumskanzlei des preussischen Landtags erst am 10. Juli wieder zusammentritt, werden jedoch vorherige Verhandlungen kaum möglich sein.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sich die preussischen Regierungsparteien von neuem dafür aussprechen, daß man die Deutsche Volkspartei in die Koalition aufnehmen könne, daß die Verhandlungen darüber aber bis zum Herbst, bis zum Wiederzusammentritt des Landtags zu vertagen seien. Im übrigen wird man natürlich nicht unterlassen, bei diesen Verhandlungen auch gewisse Forderungen an die Deutsche Volkspartei zu richten.

Wie es heißt, soll diese Entwicklung der Dinge die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei verschmerzt haben. Dennoch hat sie eine neue Kundgebung beschlossen. In dieser Kundgebung heißt es nämlich, es müsse vor der endgültigen Koalitionsbildung im Reich „eine Garantie“ dafür geboten werden, daß, wenn auch nicht sofort, eine Umbildung der preussischen Regierung erfolgt, und zwar eine Umbildung, die der Zusammenlegung der Reichsregierung entspricht. Das klingt jetzt wesentlich anders als früher. Früher verlangte die Deutsche Volkspartei die sofortige, faktische Umbildung der preussischen Regierung. Jetzt will sie sich mit einer Zusicherung begnügen, daß diese Umbildung demnächst stattfinden wird. Eine solche Zusicherung könnte man der Deutschen Volkspartei sicherlich prinzipiell geben, ohne damit allerdings die von der Deutschen Volkspartei bei den ganzen Verhandlungen proklamierte Auffassung, daß im Reich und in Preußen gleichartig zusammengesetzte Regierungen bestehen müßten, ein für allemal zu akzeptieren.

W.D. Berlin, 21. Juni (Tel.). Bereits um 10 Uhr heute vormittag versammelten sich die Parteiführer bei dem Abg. Müller-Franken im Reichstag zur Fortsetzung der Verhandlungen über das Programm der künftigen Regierungskoalition im Reich. Auch der Ältestenrat des Reichstags ist für 11 Uhr heute vormittag einberufen. Er soll, wie das Nachrichtenbüro des V.D. hört, sich mit der Platzverteilung und der Besetzung der verschiedenen Reichstagsausschüsse beschäftigen. — Die Fraktionen halten am Nachmittag Sitzungen ab, und zwar treten das Zentrum und die Sozialdemokraten um 4 Uhr, die Demokraten um 5 Uhr zusammen.

Stresemanns Abschiedsaudienz

M. Berlin, 21. Juni. (Priv.-Tel.). Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der heute abend Berlin verlassen will, ist vom Reichspräsidenten in Abschiedsaudienz empfangen worden. Ob angesichts der neuen Lage Dr. Stresemann seine Reise tatsächlich antreten wird, muß dahingestellt bleiben.

Eine innerchinesische Wirtschaftskonferenz in Shanghai

W.D. London, 21. Juni (Tel.). „Times“ meldet aus Shanghai: Eine von dem südkinesischen Finanzminister Soong einberufene Wirtschaftskonferenz trat gestern hier zusammen, um die Mittel für die finanzielle Wiederherstellung zu erörtern. Außer den Vertretern der Behörden nahmen daran teil: Bankiers, Fabrikbesitzer, Kaufleute und Inhaber von großen Warenhäusern. „Times“ sagt, eine derartige Konferenz wäre in China noch nicht abgehalten worden, und ihre Aufgabe sei tatsächlich, ein Budget nach praktischen kaufmännischen Grundsätzen zu entwerfen.

Die Arbeiten zur Bergung Nobles

W.D. Rom, 21. Juni. Wie von zuständiger italienischer Seite gemeldet wird, haben außer Maddalena auch zwei schwedische Flugzeuge einen Flug unternommen, um Noblie aufzufinden. Sie konnten aber die Gruppe auf dem Gise nicht erspähen, während Noblie, wie er meldet, sie deutlich gesichtet hat. Das Gelingen der Unternehmung Maddalenas ist darauf zurückzuführen, daß man dem Flugzeug einen Radioapparat aufmontiert hatte. Noblie konnte sich daher mittels seiner Funkstation unter Benutzung eines vorher vereinbarten Codes mit dem Flugzeug unmittelbar in Verbindung setzen, um es während des Fluges zu leiten.

Sammlung zugunsten der verurteilten Autonomen. Wie der „Temps“ aus Colmar berichtet, organisierten einige Colmarer Blätter eine Sammlung zugunsten der Opfer des Colmarer Prozesses.

Politische Neuigkeiten

Abschluss der ergänzenden deutsch-französischen Vergleichsverhandlungen

Die in der letzten Zeit in Paris geführten Verhandlungen über gewisse Änderungen, die sich um das deutsch-französische Handelsabkommen als notwendig erwiesen haben, sind beendet. Es liegt hierüber folgendes Komunique vor: Der deutsche Botschafter in Paris und der Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Koffe, haben mit dem französischen Außenminister Briand zwei Protokolle unterzeichnet, von denen das eine die Verzollungsbedingungen deutscher und französischer Waren betrifft, bei denen beim Inkrafttreten des Handelsabkommens vom 17. August 1924 Schwierigkeiten entstanden waren. Das zweite Protokoll ist ein Zusatzabkommen vom 17. August 1924, das die durch das Augustabkommen für eine geringe Anzahl von Erzeugnissen festgelegte Paraphierung richtigstellt. Des Weiteren ist durch den Austausch eine Anzahl von strittigen Punkten verwaltungsmäßiger oder verordnungsmäßiger Art geregelt und die Durchführung des deutsch-französischen Abkommens für den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet vom 23. 2. 28 auf Grund der gemachten Erfahrungen mit den notwendigen Änderungen versehen worden. Durch die Unterzeichnung der beiden Protokolle haben beide Regierungen ihren gemeinsamen Willen bekundet, jedes Hindernis für die gesunde und fruchtbringende Durchführung der von ihnen vom vergangenen Jahre abgeschlossenen Verträge aus dem Wege zu räumen und so einen möglichst reibungslosen Warenaustausch sicherzustellen.

Entschließungen der Interparlamentarischen Friedensunion

Die in Versailles zusammengetretene Konferenz der Interparlamentarischen Friedensunion hat ihre Arbeiten ausgenommen. Zu Beginn der ersten Vollversammlung begrüßte der französische Abgeordnete Landry als Vorsitzender mit besonderer Genugtuung das Erscheinen des Reichstagspräsidenten, des ehemaligen Staatssekretärs Dr. Oskar Meier, der unter starkem Beifall der Versammlung die Grüße des Reichstages und seine Wünsche zu einem guten Ausgang der Arbeiten überbrachte.

Nach einem Referat des französischen Senators Dumont über die wirtschaftliche Abrüstung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Aufhebung der die Einfuhr und Ausfuhr von Rohstoffen behindernden Verordnungen gefordert wird. Die Zollsätze sollen nicht durch Steuern, wie es die Umsatzsteuer ist, hochgetrieben werden und in jedem Lande nur die Industrie schützen, die auch lebens- und austauschfähig sind.

Nach einem zweiten Referat des italienischen Abgeordneten Bianchi über den Abschluss langfristiger Handelsverträge wurde eine Entschließung angenommen, in der die Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den Staaten durch ein vollständiges Netz von Handelsverträgen, die möglichst langfristig sein sollen, gewünscht wird. Die nationale Wirtschaft müsse sich in den Rahmen der internationalen Wirtschaft einordnen. Die unbedingte Anwendung der Reichsbeginntungsklausel wird als ein Mittel hierzu angesehen und schließlich die Schaffung eines Normalschemas für die Zolltarife gefordert.

Hoovers Kandidatur und die New-Yorker Bankwelt

Der Washingtoner Korrespondent des „Journal of Commerce“ erfährt von einer Hoover naheliegender Seite, daß der republikanische Kandidat entschlossen sei, in der Außenpolitik die Richtlinien der Plattform, die er selbst mit ausgearbeitet habe, genau zu befolgen. Hoover sei gegen den Wunsch der New Yorker Großbanken ernannt worden, denen seine starke Ablehnung einer Revision der Kriegsschulden und sein Widerstand gegen die Gewährung von Anleihen an ausländische Staaten nicht passe. Die Wallstreet habe sich im letzten Augenblick wohl oder übel der Demonstration für Hoover anschließen müssen, ohne daß jedoch der Kandidat den internationalen Bankiers irgendwelche Zusagen gemacht hätte. Künftig tut werdende Fragen der internationalen Finanz werde Hoover — der als Quäler überzeugter Friedensfreund sei — stets daraufhin prüfen, ob eine Nachgiebigkeit in diesen Punkten nicht etwa den Militarismus in Europa stärke, anstatt in erster Linie zur wirtschaftlichen Erholung beizutragen.

Badisches Landestheater

Die heilige Ente

Als letzte Novität der Spielzeit bescherte uns das Landestheater Hans Gals komische Oper „Die heilige Ente“. Nach Frankensteins „Li-Tai-Po“ vor zwei Jahren und nach Rucinis „Lurandol“, die in der vorjährigen Saison zur Erstaufführung kam, blieb uns somit auch diesmal eine Chinesenoper nicht erspart, die allerdings zu jenen beiden exotischen Ausstattungsstücken ein noch fehlendes Glied war, insofern sie deren erste Dramatik zur Abwechslung durch heitere Karikatur ergänzte.

Die Textbuchliteratur A. M. Leveson und Leo Fels nennen wenigstens ihr Opus „Ein Spiel mit Göttern und Menschen“ und lassen im heiligen China eine Handlung vor sich gehen, die teils Grotteske, teils Satire sein soll, die bald Trug, bald Wahrheit ist. Seinen Grundgedanken nach erinnert das Libretto stark an Th. Gautiers Novelle „Der Seelentausch“, weiß aber leider so wenig wie manch anderer der höheren Literatur entnommener Stoff die Vorgänge in eine für naive Zuhörer gemäße bühnenwirksame Trefflichkeit umzusetzen. Vor allem das dramatische Gebilde um die beiden Hauptpersonen, den armen Ententuli Jang und die ebenso schöne wie vornehme Li (die Gemahlin eines scheinbar weiberfeindlichen Mandarins), dünkt reichlich schwach und entbehrt der erforderlichen Eindringlichkeit, um die Aufmerksamkeit auch bei den vielen schalkhaften Einfällen und geistvollen Episoden, die nebenherlaufen, eindeutig zu wehren. Da wird also der seltsame Vogel, der von Jang gezüchtet ward, um an der festlichen Tafel des Mandarins verpeißt zu werden, ihm gestohlen, als er am Eingang des Palastes Li belauscht, die hinter goldenem Gartengitter das Lied von der verliebten Königin Wu singt. Schnell finden beide an sich Gefallen, während die teure Ente von einem „Gaulker“ eingefangen wird, der sie seiner „Längerin“ schenkt. Aber Jang, dem Haushofmeister bedrängt und um seinen Kopf bedroht, darf sie dem Dieb nicht mehr zurückverlangen, weil dieser zuvor ihn mit Li überbracht hat. Schon scheint die Todesstrafe unabwendbar, doch da erbittet sich der Sünder als letzte Gunst den „Nebel des Vergessens, den süßen Rauch der bitteren Blüte Mohn“. Doch nicht nur er greift zu dem Gift, auch Li und der Mandarlin

Graf Bernstorff über das Abrüstungsproblem

Im Rahmen einer Kundgebung der Danziger Liga für Völkervereinigung, zu der auch Mitglieder der diplomatischen Vertretungen in Danzig erschienen waren, sprach in Zoppot Graf Bernstorff über das Abrüstungsproblem. Er betonte, daß die militärischen Bedingungen des Versailler Vertrages von Deutschland vollkommen erfüllt seien, während auf der gegnerischen Vertragsseite noch verschiedene Punkte unerfüllt seien. Der Kriegsächtsplan Kelloggs sei von Deutschland ohne jeden Hintergedanken angenommen worden. Deutschland komme es darauf an, daß auch von allen Seiten wirklich abgerüstet werde. Graf Bernstorff würdigte dann eingehend die Tätigkeit der Unterkommissionen der Abrüstungskommission und stellte fest, daß die Militärkommission viel Gutes geleistet habe, vor allem habe die Arbeit der Militärs bewiesen, daß bei gutem Willen der Regierungen vom militärischen Gesichtspunkt aus der Abrüstung nichts entgegensteht. Es liege somit kein Grund vor, nicht schon heute eine Abrüstungskonferenz einzuberufen, die im Rahmen der Sicherheit der einzelnen Nationen über das Abrüstungsproblem berät. Zum Schluß betonte der Redner mit großem Nachdruck, der Völkervereinigung sei nicht geschaffen worden, um die feine Ordnung Europas zu stabilisieren, sondern es sei seine Aufgabe, den organisch bedingten Veränderungen in Europa Rechnung zu tragen. Wenn wir zu den Vereinigten Staaten von Europa kommen wollen, so führt der Weg dazu, nur über eine Beseitigung der Zollschranken und über zufriedene Minderheiten. (Großer Beifall.)

Auflösung der Königsberger Stadtverordnetenversammlung. Nachdem in zwei vorhergegangenen Stadtverordnetenversammlungen die Bewilligung des städtischen Etats an der durch die Linksparteien erfolgten Ablehnung des Kultusetats ohne gleichzeitige Erhöhung des Wohlfahrtssetats gescheitert war, hatte die Sozialdemokratische Partei einen Antrag auf Auflösung und Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Auch die bürgerlichen Parteien stimmten für den Antrag mit der Begründung, daß bei der bisherigen Zusammenfassung der Stadtverordnetenversammlung eine sachliche Erledigung der städtischen Aufgaben nicht mehr möglich sei.

Kurze Nachrichten

Der Kriegsächtsplan. Staatssekretär Kellogg hatte während der letzten Tage Besprechungen mit dem italienischen und britischen Botschafter über den Kriegsächtsplan. Die neue Note in der Kriegsächtsfrage wird jedoch, wie gemeldet wird, noch nicht abgefaßt. Die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten werden durch mündliche Verhandlungen auszugleichen versucht, so daß eine spätere Änderung des Textes der Note nach Möglichkeit vermieden wird.

Schüsse im Belgrad Parlament. Nach einer Meldung aus Belgrad kam es am Mittwoch in der Stupitschina zu großen Tumulten. Der radikale Abg. Punisa Rajkitch zog einen Trommelrevolver und gab auf die Reihen der Raditsch-Partei mehrere Schüsse ab. Paul Raditsch, der Neffe des kroatischen Bauernführers Stefan Raditsch, wurde von einer Kugel tödlich getroffen. Die Abgeordneten der Bauernpartei Dr. Bernar und Dr. Bafaricel, wurden schwer verletzt.

Ein in der Wüste verschollenes Auto gefunden. Flugzeuge fanden nach langem Suchen das seit Samstag vermisste Auto in dem entlegenen Flecken Amos in Neid in der Wüste, wo es im Sande stecken geblieben war. Die Insassen, darunter zwei Frauen, waren nach dem langen Umherirren in dem heißen Sande vollkommen erschöpft und nahe dem Zusammenbruch. Ein Araber starb infolge der Entbehrungen.

Im Gericht erschossen. Im Verlaufe eines Ehrenbeleidigungsprozesses in Wien erschoss ein Redakteur den Redakteur Wolf vom „Neuen Wiener Journal“ während der Verhandlung.

Ein neuer Juweliendiebstahl. Auch in München wurde in der vergangenen Nacht ein schwerer Einbruch in ein Juweliergeschäft verübt, bei dem Wertgegenstände im Betrage von etwa 40 000 M. den Dieben in die Hände fielen.

Ein weiteres Opfer der Eisenbahnkatastrophe. Wie aus Augsburg gemeldet wird, erlitt plötzlich der 40jährige verheiratete Generaldirektor der Papierfabrik Gogge A. G. bei Kempten im Allgäu, Karl Matthes, der seinerzeit als Passagier im nächtlichen Unglückszug von Siegelstorf bei Würzburg mit dem Schrecken davonkam. Das furchtbare Erlebnis führte vor einigen Tagen zu einem vollkommenen Nervenzusammenbruch des Generaldirektors.

selbst kosten vom Opium, und ebenso umfaßt tiefer Schlaf bald noch den Gaulker, die Längerin und den Vongon. Hier dürftigen Inhalt zum glücklichen Ende weiterzutreiben. Drei Gottheiten, der tödlichen Langeweile des ewigen Weibtraudgewölles überdrüssig, vertauschen Gehirne und Kleider der schlafenden Menschen. Die elende Kulisele erweicht als der große Mandarlin, den mächtigen „Sohn der Sterne“ holt der Jang, überrollt des bei der gärtlichen Li genossenen Liebesglücks daran geht, nicht nur die Hender und Vongon, sondern sogar die Götter abzuschaffen, bekommen die Götter vor so viel umfängernder Kulisegenung Angst und rufen schnell die grüne Fee des Opiumtraudses, damit die geheiligte Ordnung wieder hergestellt werde. Und gemäß den Eingangsworten: „Götter thronen in allen Gewalten, in tausend Gestalten, in Feuer und Eis — Venen aus tiefstem, erstem Erwägen ewiger Segen magischen Kreis“, die der Willtür der Gottheit gelegentlich auch einen Spah erlauben, wendet sich alles nach den wirren Geschehnissen der Nacht zum Guten. Das Entlein, das der diebische Gaulker im Sodel einer Ragode verborgen hat, entflattert laut schnatternd dem Bauch des Göttergebildes. Li, die Liebliche, leht in ihren goldenen Käfig zurück, um so lieber übrigens, weil die furchtbaren Erlebnisse der Nacht auch den hohen Würdenträger geläutert und echte Liebe im Herzen des Mandarins geweckt haben. Der arme Kuli freilich, der ob solchen Wanders zum Güter des Tempelheiligtums und zum Entenbongon ersten Manges erhoben werden soll, zieht es vor, arm wie bisher durch die Welt zu wandern, will würde- und gliedlos weiter durch das Leben kriechen. ... Das wäre nun an und für sich kein schlechter Opernschauplatz, wenn sich die besonderen Zustände und Ergebnisse der Akteure in ihrem Umriss vom instrumentalen Hintergrund abheben oder wenn spritzige Musikstücke in prädeklariertem Buffonerie mit einem höchsten Einsatz an Schärfe und Prägnanz das Bühnentempo wesentlich beschleunigen würden. Aber beides fehlt der Gallschen Partitur; sie ist weder eine Gesangsoper, die es an schlagender Wirkung mit einer älteren Komödie in leichtem Parlando still aufnehmen könnte, noch quirt auch aus ihr jowiel rhythmische und koloristisch aparte Geistesigkeit, daß man von einer amüsanten Musik oder immerhin von köstlichem Humor in echtem Lustspielcharakter reden dürfte. Allerdings,

Badischer Landtag

Badischer Landtag (Fortsetzung aus der gestrigen Vormittagssitzung.)

D. B. Karlsruhe, den 20. Juni.

Abg. Oltfischer (D. Sp.) stellt die erfreuliche Vereinbarung über die Güte der badischen Justiz bei allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten fest. Mit den Angriffen auf Badens Justiz, speziell die Strafjustiz, sei es nichts. Die Institution des Einzelrichters löse auch Bedenken aus. Was die Schwurgerichte anlangt, so hätte man zunächst einen anderen Weg wählen sollen; vielleicht wäre es zweckmäßig gewesen, den Geschworenen einen Berufsrichter beizugeben. Der Redner ist kein begeisterter Anhänger der Todesstrafe; er sieht darin aber die gerechte Reaktion der Gesellschaft auf die schwersten Verbrechen und hält sie darum für unentbehrlich. Sie werde von der Bevölkerung geradezu verlangt. Zu wünschen wäre allerdings die Abkürzung der Vollstreckungsdauer.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) ist der Auffassung, daß man mit den Argumenten des Vorredners für die Todesstrafe nicht durchkommen kann. Die Einrichtung Inzidentrichter müsse unter allen Umständen beibehalten werden. Der Redner hofft, daß der Fall Jakubowski dem nächsten Juristentag Anlaß geben werde, die Frage erneut aufzurollen und daß sich dabei eine Mehrheit gegen die Todesstrafe finden werde. Er wünscht Hinaufhebung der Altersgrenze für die richterlichen Beamten auf 65 Jahre und regt unter Hinweis auf gewisse etatsrechtliche Bestimmungen an, daß die Frage der Errichtung eines Amtsgerichts in Singen durch einen Beschluß des Landtages entschieden wird.

Justizminister Dr. Trunk ist mit dem Vorredner einig in dem Wunsche, daß Reichsregierung und Reichstag baldigst die Reichsdienststrafordnung durchführen, damit eine Landesdienststrafordnung folgen kann.

Die Frage des Amtsgerichts Singen befindet sich noch im Stadium der rein materiellen Erwägungen. Die Entscheidung dürfte in Kürze zu erwarten sein, auch darüber, ob wir uns auf der vom Abg. Dr. Wolfhard angeregten Linie bewegen sollen. Der Minister macht einige Bemerkungen über die staatsanwaltschaftliche Tätigkeit, die durchaus nicht das Stiefkind der Justizbehörde sei, und teilt mit, daß im Herbst eine Länderkonferenz stattfinden werde zum Zweck der Vereinheitlichung der Ausbildungsordnungen und Ausbildungspraxis für junge Juristen. In bezug auf die Todesstrafe blüht die Justizverwaltung nach Berlin. Der neugewählte Reichstag wird das neue Strafgesetz zu machen haben und dann wird auch diese Frage entschieden werden. Osterreich kennt die Todesstrafe nicht. Die badische Justizverwaltung würde es bedauern, wenn die Todesstrafe für bestimmte charakterisierte schwere Verbrechen nicht beibehalten würde. Über die Vollstreckung werde lehten Endes immer das Staatsministerium zu befinden haben. Das sei eine peinliche Aufgabe und beim leichten Zweifel werde man das Recht der Gnade anwenden. In Baden werde jedenfalls ein Fall Jakubowski nicht vorkommen. Der Minister gibt dem Wunsche Ausdruck, daß es der Staatsanwaltschaft gelingen möge, den Täter vom Turner ausfindig zu machen. Die Justizbehörde sehe sich vor die höchste Pflicht gestellt, um so mehr, als man wußte daß die beiden Lehrerinnen das Opfer für ihre frauliche Ehre geworden sind.

Weiterberatung nachm. ¼ 4 Uhr. Schluß 1.20 Uhr.

*

D. B. Karlsruhe, den 20. Juni.

Die Einzelberatung des Justizetats wird am Nachmittag bei Titel

— Gerichte und Staatsanwaltschaften —

Abg. Schneider (Ztr.) wünscht etwas mehr Leben in der Innenausschattung der Gerichtsgebäude, namentlich für die Zimmer der Geschäftsstellen. Die mittleren Justizbeamten seien bei der Einstufung im Personalanhang leider zu kurz gekommen. Man möge ihnen bei nächster Gelegenheit Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Abg. Großhaus (Soz.) begrüßt die Erklärungen des Ministers hinsichtlich eines Amtsgerichts in Singen, vorausgesetzt, daß damit weder in Rastatt noch sonstwo ein Abbau verbunden ist. Besorgnisse gewisser Kreise über die Arbeiterschaft in Singen seien unbegründet. Diese sei fleißig und ruhig.

Hans Gál schreibt so feinsinnig wie nur je ein Österreicher, bleibt geschmackvoll in seinen Harmonien und wahrt der Orchesterprache zumal eine melodische Linie. Aber es fehlt den sauber durchkomponierten Akten an eigentlicher Würze, es mangelt jene derbtheatralische Intention, die erst das Eigenschöpferische ausmacht. Man wird nicht recht warm bei solcher Theatermusik der Landstraße, die wohl alles Bittere meidet, jedoch über die üblichen Puccinismen und über die allmählich genug gehörte chinesische Pentatonik nirgend hinausgelangt. Sehr zum Nachteil verdrängt sie außerdem den Spielablauf stark, anstatt in epigrammatischer Zuspitzung ihn zu kürzen und durch raum- und zeitraffende Gewalt zu imponieren.

Die Erstaufführung war bis ins kleinste sorgfältig vorbereitet und wurde daher in außerordentlichem Maß den trotz alledem unbeherrschbaren Vorzügen des Werkes gerecht. Vorab hervorzuheben ist Josef Witt den Kuli Jang in der ihm eigenen sehr energiegelassen, stimmlich wie darstellerisch ungemein sympathischen Art. Auch Else Blank bot als Li eine fängerisch hervorragende Leistung, der Carlsten Derrers Mandarlin sich in ganz überraschender Weise und mit prächtvoller Musikalität anzupassen wußte. Wirkliches Lob verdient außerdem weiter Jenny Schneider (Längerin), Karlheinz Eber (Gaulker) und Karl Lauffötter (Haushofmeister). Unverständlich blieb mitunter noch Boris Borobin, dagegen erreichte die Tonfülle, mit der er seinen Vongon ausstattete, beträchtliches Aufsehen. In den Dienst der Sache stellten auch neben dem oft bewährten Eugen Eblund und Victor Polpach (als Göttertrio), außerst klangstarke Organe. Rudolf Schwarz gab der Partitur eine Auslegung, wie sie sich wohl der anwesende Komponist selbst kaum besser wünschen konnte. Ebenso glücklich war der jenseitige Rahmen, für den Oberregisseur Otto Krauß ein sinnvolles Einzel- u. Zusammenenspiel erdacht. Lorfen Dicht farbenprächtige Bühnenbilder erforschen hatte. Für unser vorwiegend konservativ eingestelltes Publikum war der Erfolg des Abends sehr groß zu nennen; schon nach dem ersten Akt gab es ungewohnt lebhaften Beifall, später steigerte sich der Applaus zu herzlichen, minutenlang andauernden Dankesbezeugungen an alle Beteiligten, in deren Mitte der Komponist noch besonders durch Überreichung eines Vorbeertranges gefeiert wurde.

S. Sch.

11

kommt Abg. Dr. Walbeck (D. Vp.) auf die Bemerkung des Ministers zurück, daß eine Änderung der badischen Grundbuchverfassung nicht beabsichtigt sei. Auf seiner Seite bestehe aber die Ansicht, daß auch auf diesem Gebiete die Einheitsgesetzgebung für das ganze Reich erwünscht ist.

Minister Dr. Traut konstatiert ein angenehmes Verhältnis zwischen Gerichten und Anwaltschaft. Daß eine Vertrauenskrise nicht besteht, daran habe auch der Stand der Rechtsanwälte einen erheblichen Anteil. Solange wir aber unsere Grundbuchverfassung haben, wird wohl dem Wunsche des Abg. Dr. Walbeck nicht entsprochen werden können.

Der Minister bedauert, daß die Anwaltschaft vom Arbeitsgerichtsgezet ausgeschlossen ist. Abg. Hertle (Dntl.) begrüßt die Erklärung des Ministers, wonach an eine Aufhebung der kleinen Amtsgerichte nicht gedacht wird.

Abg. Eggler (Ztr.), Geueich (Ztr.) und Dr. Wolfhard (Dem.), welche letzterer der Ansicht ist, daß die Anwälte in bestimmten arbeitsgerichtlichen Fällen zu den Arbeitsgerichten zugelassen werden sollten.

Zu Titel — Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege — wiederholt Abg. Heymann die kommunistische Auffassung über die badische Justiz.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Abg. Eggler (Ztr.) tritt Abg. Weismann (Soz.) mit einer Darstellung des Falles Kenzler entgegen. Wer so mit Fälschungen arbeite wie die Kommunisten, habe kein Recht, über andere Parteien zu richten.

Eine Verletzung der Nachbarschaft sei nicht zu bezorgen. Die Anstalt sei gut geleitet; es herrsche Ordnung. Abg. Heymann (Komm.) kann sich mit dem heutigen Strafvollzug nicht befreunden und begründet Anträge, die auf eine grundsätzliche Umgestaltung hinstielen.

Abg. Verberich (Ztr.) führt aus, wenn man die kommunistischen Reden höre und die „Arbeiterzeitung“ lese, könnte man in Mitleid zerfließen für die armen Opfer in den Strafanstalten. Wer aber die Dinge kennt, der weiß, daß bei uns in Baden für die Unterkunft, Kleidung, Verpflegung und Gesundheitsfürsorge getan wird, was nur getan werden kann.

In Bruchsal wurden die Zuchthausgefangenen durch die Strafen geführt, ohne Speikruhen laufen zu müssen. Man merkt ihnen an, daß sie nicht gar zu schwer an ihrem Los tragen, wobei nicht verkannt werden soll, daß Freiheitsentziehung etwas hartes ist.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Abg. Frau Strauß (Dem.) begrüßt die Errichtung von Übergangsheimen für entlassene Sträflinge, die vielfach nicht ein und aus wüßten und sich über die Heime viel leichter ins Leben zurückfinden könnten.

Voranschlagsberatung in Konstanz. Der Bürgerausschuß nahm die Beratung des städtischen Voranschlags auf. In der Aussprache bzw. bei den Abstimmungen war die wichtigste Entscheidung die, ob die 104 000 M. Überschuß zur weiteren Schuldenentlastung oder zur Senkung der Umlage verwendet werden soll.

Aus der Landeshauptstadt

60jähriges Verbandsjubiläum. Der Bezirksverein Karlsruhe im Verband der Deutschen Buchdrucker kann am 1. Juli d. J. auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß begehrt der Verein vom 30. Juni bis 2. Juli seine Gründungsfeier.

Badische Lichtspiele. Die siegreichen Heere des Weltbezwinners Napoleon waren im Sommer 1801 bis in die entlegensten Winkel der freien Schweiz gedrungen. Wie ausgetrieben lag das Dorf Brunegg. Nur die Glode Retronella, nach ihrer Schutzheiligen genannt, läutete unaufhörlich, um Hilfe rufend aus Franzosennot.

kurze Nachrichten aus Baden. Mannheim, 21. Juni. Vermutlich durch Unvorsichtigkeit bei Schweißarbeiten entstand im Verwaltungsgebäude des städt. Schlacht- und Viehhofes ein Dachstuhl- und Turmbrand. Der entstandene Schaden ist bedeutend.

kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 21. Juni. Vermutlich durch Unvorsichtigkeit bei Schweißarbeiten entstand im Verwaltungsgebäude des städt. Schlacht- und Viehhofes ein Dachstuhl- und Turmbrand. Der entstandene Schaden ist bedeutend.

Heidelberg, 20. Juni. Der Direktor der Badischen Landesfernwarte, Geh. Rat Prof. Dr. Wolf kann am 21. Juni seinen 65. Geburtstag begehen. Geh. Rat Dr. Wolf ist geborener Heidelberger. Im Jahre 1890 habilitierte er sich für Astronomie an der Heidelberger Universität.

Freiburg i. Br., 20. Juni. Nach dem Polizeibericht verübten neun Angehörige zweier hiesiger Studentenverbindungen gestern früh gegen 5 Uhr auf dem Lorettberg groben Unfug, Ausbestörung und erhebliche Sachbeschädigung, indem sie auf einer Wiese lagerndes Heu auf die Straße streuten.

Freiburg, 21. Juni. Bei Rimbürg am Kaiserstuhl trug sich gestern nachmittag ein schweres Unglück zu. Der Landwirt Höflin aus Tenningen, Amt Emmendingen, war mit seiner Frau und seinen zwei Kindern dort beschäftigt, um Lehm auf einen Wagen zu laden.

Singen a. S., 20. Juni. Im historischen Kapentalerhof, Eigentum des Prinzen Max von Baden, hat der derzeitige Jagdpächter, eine Zuchtanstalt für wilde Fasanen angelegt. Bis jetzt springen dort 55 junge Fasanen herum, welche im September aus ihrer Gefangenschaft befreit werden sollen.

Stollhofen, Amt Mastadt, 21. Juni. Drei auf der Wanderschaft befindliche junge Leute bestiegen in der Nacht zum Dienstag in Rehl ein kleines Boot und fuhren damit rheinabwärts. Bei der Rheinbrücke Greffern-Drusenheim wurde das Boot von der starken Strömung erfasst und gegen die Brücke geschleudert.

Verschiedenes

Explosion mehrerer Pulverlager. WTB. Allentown (Pennsylvania), 21. Juni. Kurz nach Mitternacht explodierten mehrere Pulverlager der Trojan-Pulverfabrik. In der ganzen Stadt wurden die Erschütterungen heftig verspürt. Der Schaden ist beträchtlich. Verluste an Menschenleben sind nicht gemeldet worden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with 4 columns: City, 21. Juni, 20. Juni. Rows include Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, and Prag.

Auffhengerregender Abbruch einer Vortragsreise

Professor James Brown-Scott, Präsident des amerikanischen Instituts für Völkerrecht, der sich auf einer Vortragsreise in Deutschland befindet, wollte auch in Heidelberg über die Grundrechte des Staates sprechen. Da sich inzwischen herausgestellt hatte, daß Professor Scott im Jahre 1919 an der Formulierung des berühmten Paragraphen 231 des Versailler Vertrages, der die Allein Schuld Deutschlands am Kriege feststellt, führend beteiligt war, begaben sich Vertreter der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg zu Professor Scott, um in einer Besprechung zu ergründen, ob Scott an der Rede von der Allein Schuld Deutschlands am Kriege festhalte.

Abg. Eggler (Ztr.) bedauert, daß für die Gefängnisbüchereien keine Mittel angefordert sind.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Ein Zwischenhoch, das vor einem neuen ozeanischen Tief herangezogen ist und heute über Frankreich liegt, hat uns Besserung gebracht, die auch morgen noch anhalten wird, deren längerer Bestand aber noch nicht gesichert ist. — **Wetterausichten für Freitag:** Heiter, trocken und wärmer.

Bücheranzeige

Mosel-Wanderkarte. Die große Wanderkarte des Moseltales hat der Westdeutsche Führer- und Kartenverlag Wilt, Stollfuß in Bonn soeben in neuer Auflage herausgebracht. Das ganze Gebiet zwischen Koblenz und Trier, in vier Abschnitte eingeteilt, ist in vierfarbigem Druck im Maßstab 1:100 000 hergestellt. Die übersichtliche und saubere Ausführung wird der Karte viele Freunde gewinnen, denn wir kennen bisher keine genauere Wanderkarte des Moseltales. Wer sich für das Moseltalgebiet interessiert, muß diese zu empfehlende und sehr preiswerte (1 RM) Karte besitzen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Wahl der nichtständigen Mitglieder des badischen Landesversicherungsamts.

Nachdem für die zu wählenden nichtständigen Mitglieder des bad. Landesversicherungsamts für die Arbeitgebermitglieder aus dem Bereiche der gewerblichen Unfallversicherung und für die Versichertenmitglieder aus dem Bereiche der gewerblichen und landwirtschaftlichen Unfallversicherung nur je eine Vorschlagsliste eingereicht wurde, so gelten die in ihr Benannten in der Reihenfolge, in welcher sie in der Liste aufgeführt sind, als gewählt.

Für die Arbeitgebermitglieder aus dem Bereiche der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wurde keine Vorschlagsliste eingereicht.

Hiernach sind gewählt:

I. Vertreter der Arbeitgeber

A. Aus dem Gewerbe

1. Arbeitgebermitglieder:

1. Stober, Wilhelm, Architekt in Karlsruhe, Müppurrstr. 13,
2. Kitziratsch, Karl, Oberregierungsbaumeister in Karlsruhe, Roggenbachstr. 9,

3. Gläfer, Karl, Malermeister in Karlsruhe, Karl-Wilhelm-Str. 12,
4. Wohlwend, Karl, Baumeister in Karlsruhe, Stefanienstr. 34,

2. Stellvertreter:

1. Hauffter, Georg, jr., Obermeister in Karlsruhe, Belfortstr. 9,
2. Neuf, Emil, Oberregierungsbaumeister in Karlsruhe, Belfortstr. 16,
3. Nagel, Friedrich, Gipfermeister in Karlsruhe, Karlstr. 68,
4. Pfischer, Wilhelm, Architekt und Baumeister in Karlsruhe, Müppurr, Auerstr. 2,
5. Semmler, Adolf, Baumeister in Durlach, Amalienstr. 13,
6. Baer, Theodor, Oberbaumeister in Mannheim, Parkring 39,
7. Häfele, Christoph, Zimmermeister in Karlsruhe, Karlstr. 110/12,
8. Goldmann, Wilhelm, Maurermeister in Pforzheim,

B. Aus der Landwirtschaft

Niemand.

II. Vertreter der Versicherten.

A. Aus dem Gewerbe.

1. Versichertenmitglieder:

1. Friedemann, Paul, Kassenangestellter in Mannheim, Brahmstr. 3,
2. Biegelmaier, Anton, Krankentassenverwalter in Konstanz, Brauneggerstr. 34,
3. Daxer, Hermann, Arbeitersekretär in Pforzheim, Sofienstr. 24,
4. Schmidt, Josef, Schlosser in Karlsruhe, Augartenstr. 9,

2. Stellvertreter:

1. Häger, Robert, Werkmeister in Karlsruhe-Rintheim, Dürrenweg 39,
2. Gäng, Josef, Werkmeister in Durlach, Wiesenstr. 19,
3. Adermann, Friedrich, Schmied in Mannheim-Käfertal, Bäderweg 88,
4. Ederl, Josef, Schlosser in Singen a. S., Eisenbahnstr. 6,
5. Frank, Fritz, Werkmeister in Karlsruhe, Brahmstr. 5,
6. Kühner, Josef, Buchbindergehilfe in Freiburg, Deutschordenstr. 5,
7. Breitenbach, Heinrich, Fabrikarbeiter in Freiburg i. Br., Annaplatz 7,
8. Bühlinger, Franz, Bahnarbeiter in Malsch, Amt Ettlingen, Römerstr. 315,

B. Aus der Landwirtschaft

1. Versichertenmitglieder

1. Kiedl, Hans, Angestellter in Karlsruhe, Wilhelmstr. 69,
2. Bachter, Karl, Landarbeiter in Philippsburg i. W., Kronenwerferstr. 61,
3. Nihinger, Otto, Holzhauser in Baden-Geroldsau, Geroldsauer Str. 154,
4. Müller, Johann, Waldarbeiter in Hohenweierbach, Amt Karlsruhe.

2. Stellvertreter:

1. Schneider, Georg, Holzhauser in Huchenfeld, Amt Pforzheim,
2. Herr, Nikolaus, Holzhauser in Oberweuern, Haus Nr. 59,
3. Heim, Karl, Tagelöhner in Lobensfeld,
4. Wunich, Josef, Holzhauser in Forbach im Rutztal,
5. Schmalz, Josef, Holzhauser in Ottenhöfen-Simmerbach,
6. Fall, Karl, Holzhauser in Baden-Richtental, Oberweuernstr. 61,
7. Bang, Konrad, Landarbeiter in Heinsheim a. R., Amt Mosbach,
8. Kay, Karl, Waldarbeiter in Durlach, Kistfelderblock 30, Karlsruhe, den 19. Juni 1928.

Badisches Landesversicherungsamt
Dr. Klotz.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Polizeiaffizient Arno Heimüller zum Polizeisekretär in Karlsruhe.

Befördert:

Bezirksbaumeister Wilhelm Wacht in Karlsruhe zum Bezirksamt Wertheim.

Zuruückgesetzt auf Ansuchen:

Gendarmereihauptwachmeister Georg Heinrich Hörner in Schwetzingen.

Gestorben:

Gendarmereioberwachmeister Adolf Frank, in Durbach. Der ordentliche Professor der systematischen Theologie Herr Dr. Willy Lüttge an der Universität Heidelberg.

PFERDERENNEN

des Karlsruher Rennvereins

Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 2.30 Uhr

auf den Wiesen bei Klein-Rüppurr (Haltestelle der Albtalbahn)

Oeffentlicher Totalisator auf dem 1. und 2. Platz

7 Rennen, darunter 1 Offizierrennen, 2 Trabfahren

Tageskasse: 3,50, 2, 1 RM, abgesperrte Wege 50 Pf. — Vorverkauf: 3, 1,50 RM in den Auskunftsstellen des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, am Bahnhof und Kiosk am Hotel Germania — Mitglieder des Reichsverbandes zahlen für 1. Platz nur 2 RM.

Am Rennplatz halten folgende Züge der Albtalbahn: ab Karlsruhe 13.31, 14.34; ab Ettlingen Holzhof 13.28 (ab Herrenalb 12.30), 14.00 und 14.31; nach Bedarf halten bei und nach Schluß der Rennen mehrere Züge in beiden Richtungen — Auto-Omnibusverkehr vom Bahnhofplatz und von der Hauptpost aus zum Rennplatz

689

Waisen- und Sparkasse Mengen.

Oeffentliche Verbandssparkasse.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
Kassenvortrag am 31. 12.	21 061,71	Spareinlagen	555 136,26
Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheidamt	6 798,19	Giroeinlagen	46 540,67
Wechsel	34 887,20	Aufwertungseinlagen	520 154,75
Wertpapiere	488,62	Anlehensschulden	148 451,—
Hypotheken	296 288,—	Rücklagen:	
Darlehen auf Schuldschein	145 818,45	a) gesetzl. Reservefonds von früheren Jahren	24 357,88
Darlehen in laufender Rechnung an Private	241 872,55	b) Sonderrücklage vom laufenden Jahre	5 000,—
Darlehen an Gemeinden	39 467,93	Resteingeinn	6 009,—
Aufwertungsfordernngen	428 771,10		
Einnahmerückstände	21 735,84		
Grundstücke und Gebäude	23 000,—		
Gerätschaften	2 412,80		
Fehlbetrag zur 12 1/2 %igen Aufwertung	52 047,16		
Summe	1 305 649,55	Summe	1 305 649,55

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8 % aus 601 676,92 RM Einlagen 48 134,15 RM
Sie beträgt auf Schluß des Rechnungsjahres 1927 30 366,88 RM
Es fehlen somit 17 767,27 RM
Mengen (Baden), den 10. Mai 1928. R.290

Der Geschäftsleiter:
Schober.

Der Verwaltungsrat:
F i a n d, Vorsitzender.

Oeffentliche Sparkasse Gäckingen.

(Städtische Sparkasse).

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	2 517,14	1. Spareinlagen	1 059 505,98
2. Bankguthaben	7 651,32	2. Giro- u. Scheckeinlagen	191 278,77
3. Wechsel	4 016,—	3. Aufgenommene Kapital.	86 503,18
4. Darlehen a. Hypotheken	650 652,80	4. Rücklagen für den Aufwertungsstod	81 626,06
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	327 345,41	5. Reservefonds: Stand am 31. 12. 26	45 617,30
6. Darlehen auf Schuldscheine	33 501,70	Reingewinn 1927	22 783,68
7. Darlehen an Gemeinden	288 720,76		
8. Grundstückskaufgelder	15 875,90		
9. Lombarddarlehen	1 546,45		
10. Wertpapiere	112 597,12		
11. Einnahmerückstände	17 142,79		
12. Aktivrücklagen	1 240,38		
13. Liegenschaften	15 765,52		
14. Gerätschaften	8 671,68		
1 487 314,97		1 487 314,97	

Berechnung der Rücklage:

Die satzungsgemäße Rücklage hat zu betragen:
5 % aus 1 250 784,76 RM Einlagen 62 539,24 RM
Sie beträgt auf Jahreschluß 1927 68 400,98 RM
Gäckingen, den 30. April 1928. R.304

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Trunzer.

Der Geschäftsleiter:
Ragenberger.

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Badische Lichtspiele — Konzerthaus

Heute 20.15 Uhr letzte Vorführung

„Zirkus Pat und Patachon“

Freitag, den 22. bis Donnerstag, den 28. Juni, jeweils 20.15 Uhr, Samstag und Mittwoch auch 16 Uhr, Sonntag, den 24. Juni, nur 16 Uhr

„PETRONELLA“

(RIVALEN DER BERGE)

Eine Episode aus dem Leben des Schweizer Volkes zur Franzosenzeit nach dem gleichnamigen Roman von Joh. Jegerlehner — In den Hauptrollen: Maly Delschaft, Wilh. Dieterle, Theod. Loos

MUSIKBEGLEITUNG

Preise und Ermäßigungen wie üblich
Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr., und Büro, Beiertheimer Allee 10 703

An der Städtischen Frauenschule Konstanz sind zwei Stellen für

Handarbeitslehrerinnen

zur Erteilung des Unterrichts in Weibnähen zu besetzen und zwar auf Mitte September und 1. November d. J. Bevorzugt werden Lehrerinnen, die auch für den Unterricht in Kleidermachen und kunstgewerblichen Arbeiten ausgebildet sind. Besoldung: Gruppe VII der städtischen Besoldungsordnung.

Bewerbungen wollen unter Vorlage von Lebenslauf und Zeugnissen bis zum **15. Juli 1928** hier eingereicht werden.

Konstanz, den 19. Juli 1928.

Der Oberbürgermeister.

Für die Fortführung der Reichsbahn vom Bad Peterstal nach Griesbach (Prof. 78+75 bis Prof. 107+00) sind Unterbauarbeiten öffentlich zu vergeben: Erd- und Felsgewinnung 83 000 m³, Verleihen 65 000 m³, Pflanzungsanwendung 24 000 m², Baugrubenaushub 3 000 m³, Stampfbeton 2 600 m³, Straßen- und Rampenbefestigungen 9 000 m², und sonstige zugehörige Arbeiten. Verdingungsunterlagen beim Neubauramt Oppenau und dessen Baubüro in Bad Peterstal einzusehen; hier auch Leistungsverzeichnisse samt Bedingungen, solange Vorrat, erhältlich. Abgabe nach auswärts gegen Voreinsendung von 3,50 RM. Keine Abgabe von Zeichnungen. Angebote verschlossen mit Aufschrift „Angebot Unterbau“ und postfrei spätestens bis **11. Juli 1928, vorm. 11 Uhr**, zur Eröffnungszeit hierher einzureichen. Zuschlagsfrist: 4 Wochen. Führungen über die Baustelle Dienstags und Freitags 14 Uhr, ab Bahnhof Bad Peterstal, nach Anmeldung Reichsbahn-Neubauramt Oppenau. R. 277